

**Ja zur Steigerwaldbahn – Nein zum Ausbau der B 286**

## **BUND Naturschutz fordert Staatssekretär Gerhard Eck in Anbetracht von Biodiversitäts- und Klimakrise zur Unterstützung einer Mobilitätswende auf**

**Klimakrise, Flächenverbrauch und Artensterben schreiten ungebremst voran und zerstören zunehmend unsere Lebensgrundlagen. Der BUND Naturschutz (BN) wirkt dem entgegen und setzt sich mit breiter Unterstützung seiner mehr als 250.000 Mitglieder für eine Politik ein, die auf Nachhaltigkeit setzt und so unsere Lebensgrundlagen sichert. Der BUND Naturschutz fordert daher auch eine Mobilitätswende, die das Klima schützt und Böden und Natur erhält.**

**Nun warf der Staatssekretär Gerhard Eck (CSU) dem BUND Naturschutz in einer Pressemitteilung vor, dass er mit der Ablehnung des weiteren Ausbaus der B 286 nur einer Ideologie folge und realitätsfern handle. Gleichzeitig stemmt sich Gerhard Eck gegen die Reaktivierung der Steigerwaldbahn und fordert einen Ausbau der Trasse, um diese unter anderem als Teststrecke für autonom fahrende Elektrobusse zu nutzen. „Scheinbar sind für Herrn Eck die sich beschleunigende Klimakrise und überbordender Flächenverbrauch Ideologie. Doch sie sind bittere Realität! Das muss auch Herr Eck erkennen. Der BN fordert Herrn Eck daher auf, das Asphaltieren aufzugeben und mit uns zusammen für ein zukunftsfähiges Bayern einzutreten!“, kontert Edo Günther, Kreisvorsitzender des BUND Naturschutz in Schweinfurt.**

„Rund 206 Hektar Fläche wurden in Unterfranken alleine im Jahr 2019 verbraucht (Bayerisches Landesamt für Statistik, 2021), mehr als doppelt so viel wie in Mittelfranken mit dem Ballungsraum Nürnberg. Damit muss endlich Schluss sein, denn es verschwinden unersetzliche Böden für die Produktion von Lebensmitteln und wichtige Naturflächen, die nicht ausgeglichen werden können. Das Aufhängen von

**Landesfachgeschäftsstelle**

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 16.04.2021

PM 043/21 LFG

Politik/Verkehr

Fledermauskästen (wie von Herrn Eck im Zusammenhang mit Eingriffen beim Ausbau der B 286 angeführt) ist kein Ersatz für den Verlust alter Bäume“, erläutert Steffen Jodl, Regionalreferent für Unterfranken des BUND Naturschutz. „Und ein von Herrn Eck angeführtes Argument für den Ausbau der B 286, nämlich eine vermeintliche Zunahme des Güterfernverkehrs aufgrund des Ausbaus der A 3, ist schon längst überholt. So wurde der Ausbau der B 286 im Landkreis Kitzingen in Richtung A 3 aufgrund gesunkener Verkehrszahlen zwischenzeitlich auf Eis gelegt.“

Zudem gilt Unterfranken als Hotspot der Klimakrise in Bayern. Wälder sterben, Grundwasserstände sinken, Bäche trocknen aus. Wir benötigen daher eine Mobilitätswende. Der Verkehr trägt in Bayern zu rund 30 % (Deutschland rund 20 %) zu den klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. „Herr Eck, die Reaktivierung der Steigerwaldbahn und der Stopp des Ausbaus der B 286 sind daher wichtige Schritte in die richtige Richtung“, so Steffen Jodl vom BUND Naturschutz.

Die Fiktion der Beseitigung von Verkehrsbelastungen durch Straßenbau und der damit vermittelten Garantie unbegrenzter Mobilität ist tragende Säule des herrschenden Wachstumsdogmas und Ursache für immer neue Verkehrsbelastungen. Anstatt eine umfassende Verkehrswende einzuleiten, werden den Bürgerinnen und Bürgern der Neu- und Ausbau von Straßen als Problemlösung vermittelt. Damit wird das Problem der Verkehrsbelastung aber nicht gelöst, sondern sogar verstärkt und zudem auf dem Rücken von Natur, Landschaft und Umwelt ausgetragen, so der BN in einer Pressemitteilung abschließend.

## Für Rückfragen

Steffen Jodl, BN-Regionalreferent für Unterfranken  
Telefon 0160 5611341 / E-Mail [steffen.jodl@bund-naturschutz.de](mailto:steffen.jodl@bund-naturschutz.de)

## Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg  
Tel. 0911/81 87 8-0  
Fax 0911/86 95 68  
[lfg@bund-naturschutz.de](mailto:lfg@bund-naturschutz.de)  
[www.bund-naturschutz.de](http://www.bund-naturschutz.de)

Nürnberg, 16.04.2021

PM 043/21 LFG

Politik/Verkehr